



Newsletter

vom 03.02.2019

Politik aktuell - INF-Abkommen

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

Vor einiger Zeit haben wir ein mögliches Auslaufen des INF-Vertrages aufgrund der Weigerung Russlands und den USA am Abkommen festzuhalten, kommentiert. Der Fortbestand des INF-Abkommens, welches ein atomares Aufrüsten des Waffenarsenals der beiden Länder regelt bzw. verhindert, steht nun immer mehr vor dem Scheitern. Russland und die USA beschäftigen sich derzeit lieber mit kindischen Zankereien als mit Ernsthaftigkeit über Konsequenzen für die Weltbevölkerung zu sprechen und zu versuchen mit allen Mitteln das Abkommen zu retten, um dem Bau von nuklearen Waffen nicht alle Tore zu öffnen! Wir fordern, dass sich die beiden Ländern endlich einig werden und statt den eigenen Willen durchzusetzen zu wollen auch die Gemeinschaft im Auge zu behalten! Ein atomares Waffenarsenal stellt eine erhebliche Gefahr für die gesamte Erde dar. In Zeiten in denen ohnehin so viel Leid auf der Welt herrscht und Menschen aus ihren Ländern fliehen kann es nicht sein, dass aufgrund einseitiger Vergehen zweier Länder die Weltgemeinschaft noch mehr in Gefahr gebracht wird, durch mögliche unkontrollierte atomare Aufrüstung! Wir fordern des Weiteren, dass das INF-Abkommen weiterhin von beiden Ländern befürwortet und eingehalten wird! Vergehen im Rahmen des Abkommens müssen auf andere Weise sanktioniert werden; aber nicht auf Kosten der Erde und deren Bewohnern!

Politik aktuell - Dieselfahrverbote

Kommentar zu aktuellen politischen Ereignissen

Kürzlich hat Andreas Scheuer, seines Zeichens Bundesverkehrsminister, Kommunen dazu aufgerufen, sich gegen (mögliche) Dieselfahrverbote mit rechtlichen Mitteln zu wehren. Laut Scheuer seien die Daten zur Luftverschmutzung veraltet und beruhen nicht auf aktuellen

Fakten. Somit sei ein Verbot nicht rechtens. Wir schließen uns weder der Meinung von Herrn Scheuer an, noch der der Experten; solange keine eindeutige Grundlage für Entscheidungen geschaffen wurde, sind Dieserverbote, aber auch das Einlegen rechtlicher Mittel hiergegen, einzustellen! Weder ein Schnellschuss einiger Organisationen, noch ein jahrelanges rechtliches Gerangel, wird zur Verbesserung der Luftqualität, der Zufriedenheit der Bürger und zum Klimaschutz beitragen! Wir fordern, dass eine rechtliche Grundlage geschaffen wird, die entsprechende Entscheidungen und mögliche anschließende gesetzliche Änderungen ermöglicht und tatsächlich einen Nutzen hat. Niemandem ist geholfen, wenn sich weder Experten und Ärzte noch Wissenschaftler und Politiker einige sind, welche Grenzwerte einzuhalten sind. Klar ist jedoch, sollte die Nutzung von Dieselfahrzeugen zur Verschlechterung der Luft in Städten und zum Klimawandel aktiv beitragen, so sind Gesetze zu schaffen, die dem Einhalt gebieten! In unserem Parteiprogramm fordern wir nicht ohne Grund ein massives Investieren in die EMobilität und die Abschaffung von fossilen Brennstoffen. Denn egal welcher Stickstoff-Ausstoß nun "gesund" ist: E-Motoren und nicht-fossile Antriebe verursachen keinen CO₂-Ausstoß!

Europawahl 2019

Endspurt!

Die Europawahl 2019 rückt immer näher. In den letzten Wochen konnten wir nunmehr sehr viele Unterschriften verbuchen, die nun nach und nach den Weg in unsere Parteizentrale finden. Dennoch sind wir weiterhin auf eure Unterstützung angewiesen. Daher die Bitte: geht weiterhin auf Unterschriftenjagd! Wenn ihr unsere Hilfe braucht, meldet euch. Wir versorgen euch mit Formularen und Tipps! An dieser Stelle erneut vielen Dank für die vergangenen Monate und eure Hilfe! #NeustartJetzt

Formatiert von www.Parteienlexikon.de